

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. alle Postgebühren außer und Gebühren für den Abnehmer. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abgabepreis: Die 4-gelagerte Nummer 20 Goldpfennig, die 4-gelagerte Heft der amtlichen Bekanntmachung 40 Goldpfennig, die 2-gelagerte Reklametzelle im täglichen Teil 100 Goldpfennig. Nachzahlungsgeld 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Nachrichten werden nach Möglichkeit durch Fernsprecher übertragen. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Bezug durch die Wilsdruffer Nachrichten nicht möglich ist, die Wilsdruffer Nachrichten zu bestellen. Wilsdruffer Nachrichten werden nicht in Konkurrenz mit anderen Zeitungen abgedruckt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Fortrentamts Tharandt, Finanzamts Hossen.

Nr. 183. 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Sonnabend den 7. August 1926

Sommer des Unfriedens.

Die Natur will nicht zur Ruhe kommen diesen Sommer. Fast sieht es so aus, als wolle sie nicht ruhen lassen, was seine Werdegang vollendet hat, als wolle sie nicht ungeschädigt und nicht unbeschädigt den Hafen der Erfüllung erreichen lassen, was der Mensch an Früchten seiner Arbeit braucht und ansammeln muß, um in den Monaten des Bedarfs davon zehren oder durch Warenaustausch einzuhandeln zu können, was ihm selber herzustellen vermag. Kann es da wundernehmen, daß auch Staat und Gesellschaft nicht zur Ruhe kommen wollen, daß Unrast überall die Welt besetzt und kein Stand, kein Beruf auch nur von einer kurzen Sommerpause etwas wissen will in dem aufreibenden Kampf um seine idealen wie um seine materiellen Forderungen?

In Bonn am Rhein kommen die deutschen Studenten zusammen, nachdem sie im vorigen Jahre mit ihrer Tagung noch vor dem Nachwort der Befragungsmächte in die Reichshauptstadt hatten flüchten müssen. Ihre erste Tat im Angesicht des deutschen aller Ströme ist schon am Vorabend des eigentlichen Arbeitsbeginns, der Ausbruch eines Flaggenstreites: hier schwarz-weiß-rot, hier schwarz-rot-gold. Der Versuch, beide Sinne des Anstoßes durch Wiederholen des alten wie des neuen Symbols deutscher Reichsherrschaft aus dem Wege zu räumen, kostet den Urheber sein Ehrenamt an der Spitze der Bonner Studentenschaft; und als, wie nicht anders zu erwarten war, weiterhin der Streit um Professor Lessing von der Hochschule Hannover zur Erörterung gelangt, wächst sich die Aussprache über diesen mühsam beigelegten Konflikt zu einer wahrhaften Kriegsanlage an den preussischen Kultusminister aus, den Herrn Dr. Weder. Der Minister Weder ist uns keine Verkörperung der Staatsautorität, erklärt die Mehrheit der deutschen Studenten, auf die Gefahr hin, daß es danach aus dem Maße ungefähr in derselben Tonart herauskommt, in der sie hineingerufen haben.

Aber Herr Weder tröstet sich vielleicht mit seinem Kollegen im Ministerium des Innern, Herrn Severing, der sich dieser Tage von einem preussischen Landrichter in aller Öffentlichkeit sagen lassen mußte, daß seine Polizeimassnahmen in der Raabeburger Nordbafare auf nicht geringeres als auf Begünstigung eines Verbrechens hinauslaufen. Starke Tobal, ohne Zweifel; und nichts weniger als ein alltäglicher Vorwurf. Aber Herr Severing kann wenigstens den Justizminister gegen den Ankläger in Bewegung setzen — oder in Bewegung zu setzen versuchen. Herr Weder muß sehen, ob er mit eigenen Mitteln etwas gegen die auffässigen Studenten ausrichten vermag.

Unsere Minister von heute sind überhaupt vielgeplagte Wesen. Sogar die Sandburgen in den Ost- und Nordseebädern, der unsterbliche Tummelplatz der lieben Schulfugend in den himmlischen Ferienwochen am Meerestrand, lassen den obersten Hüter der öffentlichen Ordnung in Preußen nicht mehr ruhig schlafen. Man weiß, daß in Umkreis dieser zinnen- und mauerbewehrten Festungswerte der kriegerische Geist unseres heranwachsenden männlichen Geschlechtes sich nach Herzenslust auszuüben pflegt, und man kann sich denken, daß auch die unselige Flaggenfrage in diesen heißen Kämpfen neuerdings eine große Rolle spielt. Minister Severing hat die zuständigen Ortsbehörden in einem Erlaß auf diese Ferienspiele hingewiesen und verlangt, daß sie sich den Schutz der verfassungsmäßigen Reichsflagge nur ja nach Kräften angebelhen lassen sollten. Es mögen ja im kindlichen Ferienalter hier und da einige Unzulänglichkeiten vorgekommen sein, ohne daß sie gleich so tragisch genommen werden müssen. In unserem öffentlichen Leben gibt es sicherlich und oft genug unliebsam hervortretende Erscheinungen, deren Bekämpfung mindestens ebenso wichtig wäre.

Ungleich erntet er schon der häusliche Krieg, der wieder einmal im wunderschönen Strahburg entbrannt ist. Seit acht Jahren ist das Elsaß nicht mehr Reichsland, sondern Bestandteil der Französischen Republik wird also nicht mehr von Berlin aus regiert, sondern von Paris, wo man sich auf die Kunst der Menschenbehandlung ja tausendmal besser verstehen soll als bei uns in Deutschland. Und doch erleben wir jetzt eine Neuauflage des leidigen Schauspiels, das vor dem Weltkrieg uns dort so oft geboten wurde. Wieder fühlen die Elsaßler sich zurückgelassen. Wieder fühlen die Elsaßler sich gekränkt, misshandelt, in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt, und versuchen nun durch das Mittel der Heimatbewegung zu ihrem Recht zu kommen. Die Antwort? Ihre Forderungen werden gemäßigter, bestraft, aus den Ämtern gejagt, und Herr Poincaré hat, kaum zur Ministerpräsidentenschaft zurückgekehrt, nichts Geringeres zu tun, als der Kammer ein scharfes Strafgesetz zum Schutze der nationalen Einheit der Republik vorzulegen. Dabei geht es den Elsaßern lediglich um die Einbindung der ihnen in den Koblenztagen 1918 gegebenen feierlichen Versprechungen! Herr Poincaré aber will wohl der Welt beweisen, daß die Sorgen um den Front seine Gedanken noch lange nicht vollständig in Anspruch nehmen. Immerhin, uns kann es schon recht sein, daß sein Beglückwünscher diesmal auf Strahburg und Kolmar gerichtet ist — und nicht auf Essen und Düsseldorf!

Deutschland soll den Franken retten.

Ein unmöglicher Vorschlag.

Berlin, 7. August. Der Pariser Korrespondent der „New York World“ berichtet, daß Pariser maßgebende Kreise die Frage aufwerfen, ob es nicht angebracht sei, die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme genau festzusetzen und unverzüglich von Deutschland einzufordern. Die Hälfte der deutschen Eisenbahn- und Industriebonds mache zwei Millionen Dollar aus. Der Betrag, der Frankreich zustehe, würde, falls er unverzüglich verwertet werden könnte, zur Wiederherstellung des französischen Kredit genügen. Frankreich wäre in der Lage, den Franken zu stabilisieren, falls die deutschen Bonds sofort auf den ausländischen Märkten verkauft würden. Durch die Besprechungen der Finanzleute sei die Frage wieder in Fluß gekommen, wie in allen europäischen Ländern die Geldwährung wieder hergestellt werden könne. Das sei, soweit Deutschlands Gläubiger in Betracht kämen, möglich, wenn sie sofort in die Lage versetzt würden, über die Reparationen zu verfügen. Ein Plan dafür könne so schnell ausgearbeitet werden, daß die Erledigung der Schulfrage dadurch überholt werden könnte.

Ein Appell an Amerika.

Paris, 7. August. Es wird berichtet, daß innerhalb des Kabinetts die Minister Briand, Sarraut, Bolanowski und Lardieu voll für eine Ratifizierung auch des Washingtoner Abkommens eintreten. Es verlautet ferner, daß der Leiter der republikanischen Zwischengruppe Morinaud, der die Mehrzahl der Deputierten der Kammer angehört, einen Appell an die amerikanische Öffentlichkeit in der Frage der Schuldentregulierung richten werde.

Deutschlands Entwaffnung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 7. August. Zwischen der Interalliierten Militärkommission und dem Reichswehrministerium fanden auch gestern wieder eingehende Besprechungen statt. Die Verhandlungen haben den Zweck, die Militärkommission und den Vorkommandanten davon zu überzeugen, daß die Kontrollberichte über mangelnde deutsche Entwaffnung auf einen Irrtum zurückzuführen sein müssen. Die deutsche Regierung hält unverändert daran fest, daß sie die Entwaffnungsverpflichtungen des Versailler Vertrages restlos erfüllt hat, und daß kein Grund zur Verlängerung des Mandats der Entwaffnungskommission mehr vorliegt.

Kolleidende Agrarier.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)
In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstand die Bezeichnung „kolleidende Agrarier“. Damit bezeichneten die Vertreter gewerblicher Interessen sowie die Wortführer der Verbraucherpartei diejenigen Landwirte, die sich bei dem Kampf gegen die ermäßigten (Capriolischen) Getreidezölle auf ihre besondere Notlage beriefen. Es war also eine feindselige und ironische Bezeichnung. — Heute wagt niemand in Deutschland, der Anspruch darauf macht, für urteilsfähig und unvoreingenommen zu gelten, zu leugnen, daß es der deutschen Landwirtschaft in ihren überwiegenden Teilen schlecht geht, und daß man hierbei nicht einmal von einer vorübergehenden ungünstigen Konjunktur reden kann. Deutschland ist in keiner gegenwärtigen Lage auf allen wirtschaftlichen Gebieten vorbelastet und benachteiligt. Während aber in einer Reihe von industriellen Branchen der allgemeine Nachteil durch besondere Anstrengungen und Fähigkeiten ausgeglichen werden kann, ist das bei der Landwirtschaft nur in beschränktem Umfange möglich. Bereits vor dem Kriege hatte Deutschland als Agrarland anderen Agrarländern gegenüber den Nachteil schlechteren Bodens und ungünstigerer klimatischer Bedingungen. Nach dem Kriege sind alle diejenigen Nachteile hinzugekommen, die mit der Ausplünderung Deutschlands durch die Entente und mit der Verarmung des deutschen Volkes zusammenhängen.
Von sachverständiger landwirtschaftlicher Seite ist unlängst dargelegt worden, welchen Anteil der Kapitalmangel an der Not der deutschen Landwirtschaft hat. Bekanntlich haben Regierung und öffentliche Meinung auf die deutschen Landwirte einen starken Druck ausgeübt, die Erzeugung besonders an Brotgetreide mit allen Mitteln zu steigern, damit wir von der kostspieligen und unsere Währung bedrohenden Einfuhr aus dem Ausland möglichst unabhängig werden. Das hat die deutschen Landwirte nach Neuordnung unserer auswärtigen Schuldverhältnisse durch das Dawes-Abkommen im August 1924 veranlaßt, große Geldbeträge zu leihen, um die Getreidewirtschaft zu „intensivieren“. Die Beträge mußten nach der Ernte zurückerstattet werden. Um das zu können, mußten die deutschen Land-

Neue Völkerbundforderungen Spaniens.

Für Einberufung der Ratskommission.
Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht ein Schreiben des spanischen Mitgliedes der Studentenkommision für die Ratsreform, Botschafter Palacios. In dem Schreiben wird die Einberufung dieser Kommission zu einer zweiten Tagung verlangt. Ursprünglich war diese Tagung bereits für den 28. Juni vorgesehen, wurde jedoch vom Völkerbundrat im Juni fristlos verschoben. In dem am 2. 8. ausgegebenen Arbeitsprogramm des Völkerbundes figuriert diese Kommission bereits, allerdings nur für das Situationsende. Ein genaues Datum war nicht festgelegt. Die Einberufung, die formell vom Ratspräsidenten und vom Kommissionspräsidenten abhängt, dürfte nunmehr für die letzte Augustwoche angefeht werden.
Wie in Genf verlautet, beabsichtigt angeblich Spanien, die Abschaffung der ständigen Ratsitze und die Gleichstellung aller Ratsmitglieder zu beantragen. Dies wäre natürlich nur durch eine Satzungsänderung möglich. Es läßt sich leicht ermesen, von welcher Schwierigkeiten eine neue und so folgenschwere Abänderung begleitet wäre.

Amerikanisch-mexikanische Spannung.

New York, 6. August. In Mexiko werden für den kommenden Sonntag neue Kundendemonstrationen der Arbeiterschaft erwartet. Der Vermittlungsvorschlag der Kirche verurteilt vom Präsidenten Colles abgelehnt. Er war aber bereit, die Entscheidung über den Streit dem Parlament zu überlassen. Die Meldungen aus Mexiko lauten durchweg wieder ernter. Die Presse Newports fährt mit dem Abdruck mexikofeindlicher Meldungen fort. Die amerikanische Regierung erklärte, daß sie, falls es nötig sei, die amerikanischen Bürger in Mexiko mit allen Mitteln schützen werde. Es verlautet, daß der amerikanische Botschafter in Mexiko am 13. August vorübergehend Mexiko verlassen werde, nachdem er vorher eine scharfe Note wegen der mexikanischen Petroleummaßnahmen überreicht habe.

Furchtbare Cholera-Epidemie in China.

Täglich tausend Opfer der Cholera und der Dige.
Shanghai, 7. August. Laut nichtamtlichen Schätzungen sollen täglich tausend Chinesen infolge Choleraerkrankungen und infolge der sehr hohen Dige sterben. Heute wurde mit 102 Grad Fahrenheit (etwa 39 Grad Celsius) die höchste Temperatur seit 30 Jahren gemessen. Auch einige Ausländer sind von den Erkrankungen betroffen.

wirte ihr Getreide zu jedem Preise loszuschlagen. Die Folge davon war, daß der Getreidepreis in Deutschland weit unter den durchschnittlichen Weltmarktpreis sank. Die Kapitalknappheit der Landwirtschaft hat starke Preischwankungen für Brotgetreide zur Folge, an denen weder die Erzeuger noch die Verbraucher von Brotgetreide ein Interesse haben. Ohne regelmäßigen und logar steigenden Kapitalaufwand besteht keine Möglichkeit, die zahlreichen Fortschritte in der Bodenbewirtschaftung und Bodenausnutzung zu verwirklichen. Wenn also die deutsche Landwirtschaft ihre volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen soll, so muß alles aufgegeben werden, daß reichlicher Kapitalaufwand für sie nicht eine ewige Krise und geradezu eine Bedrohung des Daseins heraufbeschwört, sondern, daß er den Landwirt für seine Arbeit und seinen Unternehmungsgeist ausreichend entschädigt.

Handelstagung in Düsseldorf.

Eine Rede des Handelsministers Dr. Schreiber.
In der Kundgebung der Hauptgemeinschaft des Verbandes des Deutschen Einzelhandels begrüßte der Vorsitzende von Norden die Erhienenen, darunter den preussischen Handelsminister Dr. Schreiber, den Oberbürgermeister von Düsseldorf Dr. Leht, den Vertreter des Justizministeriums Dr. Lauer, die Vertreter der Industrie Generaldirektor Königler, Kommerzienrat Pönsgen und Dr. Schlenker. Anschließend sprach der preussische Handelsminister Dr. Schreiber und überbrachte die Grüße seines Ministeriums sowie der Reichsregierung. Er zog einen Vergleich zwischen den Wünschen des Einzelhandels und der Besolei, die einerseits die soziale Not zum Ausdruck bringen und auf der anderen Seite aber bemüht seien, die soziale Not mit allen Kräften zu lindern und zu beseitigen. Der deutsche Einzelhandel habe trotz der Not, besonders während der Inflationszeit gezeigt, daß auch er die Kraft besitze, solche Not zu meistern, und werde auch ferner alle schweren Zeiten überstehen. Minister Schreiber ging sodann auf die Wünsche des Einzelhandels ein und betonte, daß gerade das preussische Handelsministerium versuche, warum der Einzelhandel fordere, daß er anständig den anderen Gesellschaften, besonders